

Fragment

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **52 (1965)**

Heft 6: **Museen**

PDF erstellt am: **18.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fragment

Wozu Utopien?

Daß die Mobilität durch die gesteigerte Produktivität, durch die Besiegung des Hungers und durch die neuen Verkehrsmittel zu einem weltweiten Phänomen geworden ist, wer wollte es leugnen? Ist sie nicht auch zu einem Problem der Architektur geworden? Leiden wir nicht alle an der Diskrepanz, die zwischen der Festigkeit des Eisenbetons und der Wandelbarkeit der heutigen Gegebenheiten klappt? Je besser der Plan der Bauherrschaft auf den Leib geschneidert ist, desto rascher kommt die Spitzhacke und korrigiert ihn ...

Hier setzt die Utopie von Yona Friedman ein. WERK hat sie im Februar 1963 publiziert, zusammen mit ihren grundlegenden Gedanken: Die zukünftigen Tatsachen sind uns unbekannt, aber die Beziehungen zwischen diesen unbekannten Tatsachen sind uns bekannt. Daraus können wir den Rahmen ableiten, in welchem sich das Unbekannte halten wird; wir können ein Beziehungsnetz erstellen, in welchem sich der Fortschritt entfalten kann. Friedman visualisiert dieses Netz als eine Stadt, deren Form oder Nicht-Form die Resultante des Wandels, des Bindens und Lösen aller menschlichen Beziehungen ist.

Binden und Lösen – kein Zufall läßt uns diese Worte wählen. Die alten Kulturen beruhten auf dem Binden, auf dem Vertrag bis zum Konkurs. Allein die Israeliten kannten die Wohltat des Lösen, das Halljahr, die Streichung der Schulden und die Vergebung der Sünden. Diese uralte Weisheit, die vom Menschen nicht mehr verlangt, als er tragen kann, verdichtete sich noch einmal, in der Utopie des Architekturprofessors aus Haifa, zu einer scheinbar technisch-konstruktiven, in Wirklichkeit aber sozialen Vision: der mobilen Architektur.

Dieses Fragment wechselte mehrmals den Titel. Zuerst hieß es: «Über die Sinnlosigkeit, gegenüber einer Utopie Vorbehalte anzubringen», denn es will darauf hinweisen, daß man aus einer Utopie jeweils das lernen soll, was sie zu sagen hat. Nach einigen Bemühungen lautete der Titel dann: «Wie man jemanden durch Zitate aus seinen Schriften fertigmacht.» Vor mir liegt ein Artikel von Architekt H. R. von der Mühl über die mobile Architektur Yona Friedmans (in «Architecture, formes et fonction», Nr. 11). Daß der Gegenstand der Publikation nicht begriffen, sondern lächerlich gemacht werden soll, verrät schon die deutsche Zusammenfassung: «Dieses

bewegliche Gebilde, wo eine allgemeine Klimaanlage die Heizung ersetzen wird, wird hier einer kritischen Prüfung unterzogen.» – Dieses, wo ... aber wir wollen nicht selber mit mobil verwendeten Zitatatzen operieren ...

L. B.

Städtebau

Stadterneuerung

Modellbeispiel Frankfurt-Bockenheim

Die Stadterneuerung ist aus der Sanierungsaufgabe herausgewachsen. Gesunde Wohnverhältnisse sind selbstverständlich die unabdingbaren Voraussetzungen für die gesunde Entwicklung eines jeden Menschen. Aber sie garantieren diese Entwicklung noch keineswegs. Es gehören außerdem eine ganze Reihe anderer Voraussetzungen dazu, wenn das notwendige Optimum an persönlicher Entwicklung und Freizügigkeit sichergestellt werden soll.

Deshalb mündete die Sanierung, noch ehe sie begann, in die Stadterneuerung. Nur die Stadterneuerung kann gewährleisten, daß die in eine Sanierung gesteckten Millionen sich auszahlen. Das Prinzip der Rentierlichkeit muß nämlich auch bei der Sanierung und um so mehr bei der Stadterneuerung angewandt werden. Es wäre falsch und würde nicht endende Belastungen nach sich ziehen, wenn das Ergebnis aller Bemühungen nicht zu einer Wertsteigerung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit führen würde, die uns allein in die Lage versetzen, Stadterneuerung als revolvierende Aufgabe zu betreiben. Denn eines steht fest: während Wiederaufbau und Neubau von vornherein befristete Phasen waren, die lediglich noch schneller verliefen als allgemein erwartet wurde, wird die Stadterneuerung so lange unsere Aufgabe bleiben, wie unsere Wirtschaftsordnung die Konzentrationen wegen der sich daraus entwickelnden Kontakte braucht. Nach der abzulesenden Tendenz werden wir also Stadterneuerung nicht endend immer notwendiger haben, weil die durch die zweite industrielle Revolution ausgelösten Prozesse – sich selbst verstärkend – zur Problematik der Güterverteilung, zur Problematik der Wohlstandsgesellschaft führen und damit die Notwendigkeit von Konzentration und Kontakt, Kennzeichen des tertiären Erwerbssektors, auch immer stärker wird.

Die Stadt muß sich also der Aufgabe ihrer Erneuerung annehmen. Wie tut sie das?

In Frankfurt am Main haben wir zum Studium des Problems ein Modellbeispiel für einen der zahlreich vorhandenen Realfälle planerisch erarbeitet. Das Ziel der Planung war unter anderem darin zu sehen, festzustellen, ob die gegenwärtig diskutierte Vorlage eines Städtebauförderungsgesetzes (es hat die Sanierungs- und Stadterneuerungsaufgaben zum Gegenstand) praktikabel ist. Was gehört alles zu einer Modelluntersuchung?

Mindestens gehören dazu
Die Gebietsabgrenzung
Die Bestandsaufnahme
Die Aufgabenentwicklung
Die Entwurfsarbeit
Die Entwurfsbilanz
Die Finanzierungsbilanz.

Als *Gebietsabgrenzung* wurde ein Bereich gewählt, der von der Schloßstraße, der Häusergasse, der Fritzlarer Straße, dem Kirchplatz, der Ginnheimer Straße, der Florastraße, dem Hessenplatz, der Marburger Straße und der Mühlgasse umschlossen wird. Kriterium der Abgrenzung war einzig und allein, ein Untersuchungsgebiet im Sinne der Aufgabenstellung zu bilden. Es sollte damit also zum Beispiel nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß dieser Bereich die Stadterneuerung am nötigsten hätte.

Die *Bestandsaufnahme* umfaßt ein dickes Mappenwerk, das in monatelanger Arbeit und in unzähligen Ortsbegehungen zustande gekommen ist. Es schließt nicht nur technische, sondern auch soziologische Merkmale ein und ist Grundlage für die *Aufgabenentwicklung*. Die Stadterneuerung kann niemals so vor sich gehen, daß der ganze Bereich abgebrochen und dann neu erstellt wird. Die Umsetzungsprobleme, die Existenzfragen für die Gewerbetreibenden und nicht nur die untragbaren zusätzlichen finanziellen Belastungen verbieten das. Auf Grund der Bestandsaufnahme läßt sich sagen, welche Versorgungseinrichtungen zum Ausgangspunkt des Entwurfs gemacht werden müssen. Je mehr tiefbauliche Anlagen erhalten bleiben können, um so wirtschaftlicher, aber auch um so praktikabler ist der Entwurf. Ziel des Entwurfs ist es außerdem, die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur des Gebietes zu erhalten. Jeder Planer bemüht sich heute, für Neubaugebiete eine soziale Verflechtung der künftigen Bevölkerung, eine Durchmischung mit nicht störendem Gewerbe und viele andere Merkmale einer lebendigen Stadtstruktur zu erreichen. Warum sollte er sie da, wo sie natürlich gewachsen vorhanden sind, zerreißen? Dem Bemühen steht jedoch entgegen, daß Neubaugebiete heute größer sind als Altbaugebiete, das heißt, daß für die gleiche Bevölkerung mehr Baufläche benötigt wird, daß Kleingewerbetreibende